

Bernhard Rosenkötter: Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939-1945. Klartext Verlag Essen 2003. 310 S., Tab. (€ 24,90.)

Jeanne Dingell: Zur Tätigkeit der Haupttreuhandstelle Ost, Treuhandstelle Posen 1939 bis 1945. (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 955.) Peter Lang, Frankfurt/M. u.a. 2003. 242 S., Tab. (€ 37,80.)

Wirtschaftsgeschichte hat heute in der deutschen historischen Forschung keine Konjunktur, es sei denn, es geht um die Wirtschaftsgeschichte der NS-Zeit. Aus zwei Gründen lohnt es sich daher, die Dissertationen von Bernhard Rosenkötter und Jeanne Dingell zu besprechen. Zum einen hat kürzlich das Thema der Treuhandpolitik angesichts der von den Vertriebenen gegründeten „Preußischen Treuhandgesellschaft“ und des von Erika Steinbach projektierten „Zentrums gegen Vertreibungen“ an politischer Brisanz gewonnen, wie dies Ingo Loose bereits in seiner an anderer Stelle publizierte Sammelrezension der beiden Arbeiten betont hat.¹ Zum anderen scheint neben die noch immer offene Frage nach der Herrschaftsdynamik des NS-Staates zunehmend die nach den Funktionsweisen der einzelnen NS-Instanzen zu treten. Nun geht es nicht mehr wie vor 1989 um die Makroperspektive einer Strukturgeschichte des Nationalsozialismus, sondern um – wie R. schreibt – den Blick auf die sog. „mittleren Funktionsträger“. Dagegen versucht D. – so der erste Eindruck nach der Lektüre der Einleitung – eine klassische Darstellung zu liefern. Vergeblich sucht man hier nach einer Fragestellung oder Methodik, das einzige selbstreflexive Element ist hier die Darstellung der eigenen Vorgehensweise: Sie scheint nicht ganz unberechtigt, aber dann eben doch leider nur eine institutionengeschichtliche Forschungslücke schließen zu wollen. R.s Fragestellung ist hingegen klar: Es geht ihm um das „Spannungsfeld von kriegswirtschaftlicher Ausplünderung, wirtschaftspolitischer ‚Neuordnung‘ und siedlungspolitischer Germanisierung der eingegliederten Gebiete“, und dies eingebettet in die von Susanne Heim und Götz Aly bereits Anfang der 1990er Jahre propagierte These einer Rationalisierung und Ökonomisierung der NS-Vernichtungspolitik.

Im Laufe der Lektüre beider Monographien bestätigen sich diese Eindrücke. Während R. den großen Kontext zu behandeln vermag, beschränkt sich D. auf eine klassische institutionengeschichtliche Darstellung der Treuhandstelle Posen (TP). Damit steht sie in der Tradition ihres Mentors, des Posener Wirtschaftshistorikers Czesław Łuczak. Nach der Beschreibung der Kolonisierungssituation im Warthegau geht die Vf.in auf die Verflechtung der Haupttreuhandstelle Ost (HTO) mit der Treuhandstelle Posen ein. Zum einen werden hier die maßgeblichen Personen vorgestellt, v.a. Max Winkler, Erich Krahmer-Möllenberg, Hermann Höpker-Aschoff und Bruno Pfennig. Zum anderen arbeitet sich D. an diversen Tätigkeitsbeschreibungen, Geschäftsberichten und -plänen ab, die die Verbindung der HTO zu verschiedenen NS- und Staatsinstanzen deutlich machen. Zwar kommt sie im zweiten Teil der Arbeit auf ihren Ansatz zu sprechen: Die TP sei in der Kontinuität des „preußischen Staatsapparates“ zu verorten. Die erneut detaillierte Darstellung der Personalien fast aller Mitarbeiter macht aber nicht nur die Lektüre ermüdend, sondern auch das Fehlen einer systematisierenden und erkenntnisleitenden Fragestellung deutlich spürbar. Dies wird noch zusätzlich verschärft, wenn im letzten Abschnitt alle 16 Referate der Treuhandstelle nacheinander rein deskriptiv behandelt werden. Daher verwundert es etwas, wenn D. in einer kurzen zweiseitigen Bilanz auf die Wirtschaftsverbrechen auf polnischem Boden in moralisch-strafrechtlicher Hinsicht zu sprechen kommt, diese aber gleichzeitig vor allem als Folge des „Volkstumskampfes“ und der preußischen Siedlungspolitik resümiert. Verkannt wird damit die in den letzten Jahren so tiefgreifend problematisierte neue Dimension der NS-Vernichtungspolitik.

Demgegenüber scheint gerade diese R.s Ausgangsfrage gewesen zu sein, die er in seiner Arbeit auch relativ konsequent verfolgt. So beginnt er mit der Darstellung der Ziele

¹ Vgl. H-Soz-u-Kult, 08.11.2004, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-4-093>>.

des Überfalls auf Polen und stellt den Zusammenhang her mit der neuen Sonderstellung Himmlers, Görings und der Gauleiter im besetzten Polen. Im nächsten Kapitel geht er aber auf die geheime Deutschtumspolitik der Weimarer Republik und insbesondere auf die bereits erwähnten Winkler und Krahmer-Möllenberg ein. Die Lektüre wird damit interessant, weil die im weiteren beschriebene Gründung der Berliner und der Posener HTO biographisch verklammert wird. Etwas negativ wirkt sich allerdings die Tatsache aus, daß die Treuhandstelle Kattowitz unterbelichtet bleibt. Schwerwiegender ist aber ein anderes Problem: Während D.s Arbeit vielleicht etwas zu stark durch die klassische Methodik Łuczaks beeinflusst ist, werden dessen Standardwerke von R. mißachtet. Da, wo polnischerseits bereits fundamentale Forschungsarbeit geleistet wurde, reklamiert R., Pionierarbeit geleistet zu haben. Im Literaturverzeichnis findet man abgesehen von drei Arbeiten Wacław Długoborskis und Czesław Madajczyks in deutscher Sprache keine Monographien polnischer Autoren. Dagegen verwundert es etwas, daß man hier die grundlegenden Beiträge von Ingo Haar und Peter Schöttler zur Debatte „Deutsche Historiker im Nationalsozialismus“ findet. Man kann geteilter Meinung darüber sein, ob sie in diesen Kontext passen.

Im zweiten Teil der Arbeit wird es dann wieder spannender, wenn R. tatsächlich die sog. „Neuordnung“ im Spannungsfeld von Volkstums-, Siedlungs- und Wirtschaftspolitik behandelt und dies in den größeren Rahmen der NS-Vernichtungspolitik stellt. Ein wichtiger Befund dieser gelungenen Arbeit lautet, daß das Zusammenwirken der konservativen Deutschtumspolitiker mit den Siedlungsexperten in Himmlers SS-Stäben weitgehend funktioniert habe. Die Untersuchung ist mit einem sehr instruktiven Anhang versehen.

Abschließend seien noch einmal die wichtigsten Ergebnisse des Vergleichs beider Arbeiten genannt: Während D. eine an älteren polnischen Arbeiten orientierte Darstellung liefert, die insgesamt weit hinter der R.s zurücksteht, leidet dessen Monographie unter der Nichtberücksichtigung polnischer Forschungsergebnisse. Fragt letzterer nach größeren Kontexten der NS-Vernichtungspolitik, bleibt D. etwas zu sehr auf der Ebene einer Mikro-Institutionsgeschichte. Zeigt R. die Konflikte zwischen den reichsdeutschen Dienststellen, Volksdeutschen und den deutschbaltischen Umsiedlern auf, liefert D. ein relativ homogenes und damit zu kurz greifendes Bild von deutschen Interessenlagen. Zweifelsohne sollte man demnach beide Arbeiten zusammenlesen, um die beiden unterschiedlichen Perspektiven zu verbinden.

Berlin

Błażej Białkowski

Eberhard Völker: Die Reformation in Stettin. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V: Forschungen zur Pommerschen Geschichte, Bd. 38.). Böhlau Verlag, Köln u.a. 2003. XII, 261 S. (€ 24,90.)

Trotz intensiver Forschungen zur Geschichte Stettins in den letzten Jahrzehnten hatte der Verlauf der Reformation in dieser Stadt bislang kein größeres Interesse gefunden. Bis vor kurzem galt die Monographie Ferdinand Bahlows (Reformationsgeschichte der Stadt Stettin, Stettin 1920) noch als der aktuellste Versuch einer umfassenden Bearbeitung des Themas. Die Dissertation von Eberhard Völker füllt diese Lücke nun erfolgreich aus. Das Hauptziel dieser Arbeit ist jedoch kein weiterer Beitrag zur pommerschen Kirchengeschichte: Mit der Reformationsgeschichte Stettins befaßt sich der Vf. vielmehr aus der Perspektive einer modernen Stadtforschung und betrachtet sie im umfassenden Kontext vor allem politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen der Frühen Neuzeit. Im Zentrum seiner Ausführungen steht die Reformation im Kontext eines „Kräftedreiecks“ zwischen dem Landesherrn, dem Rat und der Bürgerschaft. Als Ausgangspunkt seiner Erörterungen dienen dem Vf. verschiedene Konfliktfelder, die zwischen den genannten Kräften noch vor der Reformation entstanden waren. Hierzu zählen zunächst die Versuche der Landesherrn, ihre Residenz in die Stadt hinein zu erweitern, und die daraus folgenden